

Newsletter Natur- und Umweltschutz 1/2007 von Gisela Splett,  
umweltschutzpolitische Sprecherin Grüne Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Liebe Leserinnen und Leser,  
ich hoffe, das neue Jahr hat für Sie / Euch gut angefangen!  
Auch 2007 möchte ich Sie / Euch mit meinem Newsletter alle paar Monate über  
meine Initiativen und sonstige Neuigkeiten zu Natur- und Umweltschutz im  
Landtag informieren möchte. Das Spektrum meiner Aktivitäten dürfte dabei in  
Zukunft noch breiter werden, da ich seit Dezember nicht nur  
"naturschutzpolitische", sondern auch „umweltpolitische Sprecherin“ der  
Fraktion bin und damit Themen wie Abfall, Luftreinhaltung und Flächenverbrauch  
nun ebenfalls in meine Zuständigkeit fallen.  
Sollten Sie an diesem Newsletter kein Interesse haben, bitte ich um eine kurze  
Rückmeldung. Für Hinweise, wen ich in den Verteiler noch aufnehmen könnte, bin  
ich jederzeit dankbar.  
Herzliche Grüße aus Karlsruhe und Stuttgart,  
Gisela Splett

---

#### 1) UMWELTMANAGEMENT FÜR LANDTAG UND LANDESBEHÖRDEN GEFORDERT

Im Umweltplan hat sich das Land selbst das Ziel gesetzt, seine Behörden  
flächendeckend gemäß der EG-Öko-Audit-Verordnung zu zertifizieren und darauf  
hinzuwirken, dass das Öko-Audit auch in den Kommunalverwaltungen breite  
Anwendung findet. Nachdem Baden-Württemberg in der Vergangenheit in Sachen  
Öko-Audit einmal führend war, sind die Bemühungen inzwischen leider erlahmt.  
Nur noch zwei Landesbehörden, nämlich das Umweltministerium und die LUBW  
nehmen am Zertifizierungssystem teil.

In ihrer Antwort auf meinen Antrag teilt die Landesregierung mit, dass sie vor  
dem Hintergrund knapper werdender Haushaltsmittel, künftig verstärkt auf  
Überzeugungsarbeit setzen will. Um den bislang erreichten hohen  
Verbreitungsgrad von Umweltmanagementsystemen in den Kommunen des Landes  
weiter auszubauen, arbeite die Landesregierung derzeit gemeinsam mit den  
kommunalen Spitzenverbänden an einem Konzept zur Weiterentwicklung des  
kommunalen Öko-Audits.

Im Umweltausschuss konnte eine Zusage der Ministerin erreicht werden, dass sie  
ihre Ressortkollegen bzgl. Öko-Audit in Landesbehörden anschreiben wird (das  
ist inzwischen erfolgt). Außerdem wird der Vorsitzende des Umweltausschusses  
ein Schreiben an das Präsidium des Landtags richten, in dem er zum Ausdruck  
bringt, dass der Umweltausschuss ein Öko-Audit für den Landtag begrüßen würde.

Antrag: [www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14\\_0520\\_D.PDF](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0520_D.PDF)

---

#### 2) WAS IST AUS DEN NATURSCHUTZLEITLINIEN DES LANDES GEWORDEN?

Der Ministerrat hat 1999 die Leitlinien der Naturschutzpolitik gebilligt und  
damit das 1989 beschlossene „Gesamtkonzept Naturschutz und Landschaftspflege“  
ergänzt. Die Landesregierung wollte damit nach eigenem Bekunden zum Ausdruck  
bringen, dass sie auch in schwierigen Zeiten auf eine effektive und  
zukunftsorientierte Naturschutzpolitik setzt.

Sieben Jahre später sind die Leitlinien nur Insidern bekannt. Die von der  
Landesregierung selbst gesetzten Ziele sind bei Weitem nicht erreicht worden.  
Die Grünen fordern deshalb verstärkte Anstrengungen, um den Artenschwund  
entsprechend der Biodiversitätsstrategie der EU bis 2010 zu stoppen.

Antrag: [www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14\\_0568\\_D.PDF](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0568_D.PDF)  
Presse [www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/162/162191.im\\_naturschutz\\_hat\\_die\\_landesregierung\\_i.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/162/162191.im_naturschutz_hat_die_landesregierung_i.htm)

---

### 3) FREILANDVERSUCHE MIT GENTECHNISCH VERÄNDERTEN PFLANZEN VOR 2005

Nach nunmehr bekannt gewordenen Informationen wurden in den Jahren zwischen 1998 und 2004 in Baden-Württemberg ohne Kenntnis der Öffentlichkeit durch verschiedene Auftraggeber Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Maispflanzen durchgeführt. Zwar bestand in den Jahren keine gesetzliche Verpflichtung zur Veröffentlichung dieser Anbauversuche, dass diese Versuche aber in aller Heimlichkeit durchgeführt wurden, gibt Anlass für viele Fragen.

Antrag zu Genmais-Anbauversuchen in Aulendorf: [www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14\\_0572\\_D.PDF](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0572_D.PDF)  
Antrag zu Anbauversuchen: [www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14\\_0675.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_0675.html)  
Pressemitteilungen der Fraktion:  
[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/157/157837.in\\_mindestens\\_elf\\_gemeinden\\_wurde\\_genmai\\_i.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/157/157837.in_mindestens_elf_gemeinden_wurde_genmai_i.htm)  
[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/157/157339.gruene\\_verlangen\\_auskunft\\_von\\_der\\_landes.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/157/157339.gruene_verlangen_auskunft_von_der_landes.htm)

---

### 4) PFT-BELASTUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG?

Während andernorts (z.B. in Norwegen) perfluorierte Tenside schon lange ein Thema sind und sich auch das EU-Parlament schon seit längerem mit diesen toxischen und sehr langlebigen organischen Schadstoffen beschäftigt ist, steht die Auseinandersetzung mit dieser Stoffgruppe in Baden-Württemberg noch am Anfang. Während es im Sommer insbesondere um mögliche Einträge in die Umwelt durch Ausbringung PFT-belasteter Klärschlämme ging (hierzu gab es Funde in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen), rückte das Thema PFT in Abwässern im Herbst in den Vordergrund. Auch wenn bisher keine spektakulären Funde aus Baden-Württemberg bekannt wurden, sind solche für die Zukunft nicht auszuschließen. Das Thema wird uns in jedem Fall noch weiter beschäftigen.

Antrag: [www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14\\_0313\\_D.PDF](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0313_D.PDF)  
Kleine Anfrage: [www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14\\_0580\\_D.PDF](http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0580_D.PDF)

---

### 6) SCHON- UND BANNWÄLDER GRÜNE FORDERN SCHUTZ UND DIE ERHALTUNG VON SELTEN GEWORDENEN WALDGESELLSCHAFTEN

Still und leise haben einige der früher ausgewiesenen Schon- und Bannwälder im Land ihren Schutzstatus verloren. So ist es jedenfalls drei Schonwäldern im Hardtwald bei Karlsruhe ergangen. Sie waren 1988 zum Schonwald erklärt worden. Nach der Novellierung des Landeswaldgesetzes im Jahr 1995 hat es die Forstverwaltung versäumt, sie per Verordnung neu zu sichern, so dass 2005 der Schutzstatus verloren ging. Wie viele Bann- und Schonwälder entgegen der Zielsetzung der Forstverwaltung, alle bestehenden Waldschutzgebiete zu sichern, landesweit auf diese Art und Weise „verschwunden“ sind, soll nun per Antrag geklärt werden.

Antrag: [www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_0703.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_0703.html)  
Pressemitteilung: [www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM\\_Schonwaelder\\_off.pdf](http://www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Schonwaelder_off.pdf)

---

#### 7) EINSATZ VON RECYCLINGPAPIER IN LANDESBEHÖRDEN

Aufbauend auf einer Anfrage vom August letzten Jahres zur Verwendung von Recyclingpapier in Landesbehörden habe ich nun einen Antrag zum Thema eingebracht, der das Ziel verfolgt, eine vorrangige Nutzung von Recyclingpapier vorzuschreiben. Als Baustein eines umweltfreundlichen Beschaffungswesens würde dies Umweltbelastungen bei der Papierproduktion reduzieren - und könnte außerdem zu Kosteneinsparungen führen.

Kleine Anfrage: [www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14\\_0255\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0255_d.pdf)  
Antrag: [www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14\\_0775.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_0775.html)

---

#### 8) REDUZIERUNG DES FLÄCHENVERBRAUCHS IN BADEN-WÜRTTEMBERG

In seiner Regierungserklärung hat Ministerpräsident Oettinger ausgeführt, dass der hohe Flächenverbrauch nicht hinzunehmen sei und die langfristige Zielsetzung die „Netto-Null“ sei. Doch seit Jahren ist klar, dass das Ziel, den Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren, mit den traditionellen Instrumenten der Raumplanung allein nicht erreicht werden kann. In einem Antrag stelle ich hierzu kritische Fragen und fordere ein Maßnahmenpaket, mit dem die vom Nachhaltigkeitsbeirat vorgeschlagenen quantitativen Zielsetzungen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs auch wirklich erreicht werden können.

Antrag: [www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14\\_0774.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_0774.html)

---

#### 9) GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE

Am 8.1.07 sprach Prof. Franz-Josef Radermacher in Karlsruhe über die Global Marshall Plan-Initiative. Die erfreulicherweise sehr gut besuchte Veranstaltung hatte ich zusammen mit meiner Kollegin im Bundestag Sylvia Kotting-Uhl und den Karlsruher SPD-Abgeordneten organisiert. Ausführliche Informationen zur Initiative gibt es auf den Seiten des Ökosozialen Forums, unter anderem auch eine aktuelle Broschüre als Download: [www.oekosoziales-forum.at/osf/?cid=15408](http://www.oekosoziales-forum.at/osf/?cid=15408)

++++  
Gisela Splett MdL  
Büro im Landtag  
Mitarbeiter: Alexander Geiger  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
70173 Stuttgart  
Telefon: 0711-2063-966  
Fax: 0711-2063-660  
Mail: [gisela.splett@gruene.landtag-bw.de](mailto:gisela.splett@gruene.landtag-bw.de)  
++++